



Gemeinderatsfraktion der Universitätsstadt Tübingen

Ulrich Bechtle, Alice Dorison, Dr. Ulrike Ernemann, Rudi Hurlebaus, Dr. Peter Lang

Antrag zur Vorlage 11f/2020 zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms 2020-2030

Die CDU-Fraktion sieht die erhebliche Bedeutung des Themas Klimaschutz und die Notwendigkeit, für die Stadt Tübingen geeignete Klimaschutzprogramme strukturiert fortzuschreiben. Die bisherigen Anstrengungen der Verwaltung und der Bürgerschaft mit einer breiten Diskussion über die Fortschreibung des Klimaschutzprogrammes werden ausdrücklich anerkannt.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass der überarbeitete Entwurf des Klimaschutzprogramms 2020 -2030 gemäß Anlage entsprechend der Aufteilung in drei Sektoren und drei Querschnittsbereiche modulweise (W1-W6, S1 –S3, M1 –M8 und Q1 –Q3) im Gemeinderat zur Abstimmung gestellt wird.

Begründung:

Der Entwurf des Klimaschutzprogramms enthält zahlreiche Maßnahmen, die fraktionsübergreifend und von großen Teilen der Bürgerschaft unterstützt werden. Dies betrifft insbesondere die Maßnahmen zur Reduktion des Wärmeenergiebedarfs, zur strategischen Wärmeplanung, zur Förderung von klimaneutralen Heizungen sowie Anstrengungen zur Senkung des Strombedarfs und zum Ausbau der Photovoltaik.

Einige Maßnahmen jedoch können nicht von allen Fraktionen „zustimmend zur Kenntnis genommen werden“ und werden auch in großen Teilen der Bürgerschaft kritisch gewertet. Die betrifft insbesondere die Überlegungen zur Gewinnung von Wohnflächen, die Einführung eines kostenfreien ÖPNV , der Ausbau der Parkraumbewirtschaftung und das Ziel der Klimaschutzmodellkommune.

Eine modulweise Abstimmung über das Programm ermöglicht es, die konsensfähigen Maßnahmen des Klimaschutzprogramms im Sinne einer gemeinsamen Anstrengung der Stadt und der Bürgerschaft zu unterstützen.

Sie erlaubt zugleich eine differenzierte Betrachtung der strittigen Maßnahmen, bei denen eine besonders intensive Abwägung zwischen den Belangen des Klimaschutzes einerseits und sozialen und ökonomischen Herausforderungen andererseits erfolgen sollte.

Für die CDU-Fraktion

Dr. Ulrike Ernemann